



Berlin, 27. April 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche wurde dem 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels gedacht. Die beidseitige Freundschaft wird in den kommenden Tagen gefeiert. Die antisemitischen Straftaten der jüngeren Vergangenheit zeigen allerdings auch, dass es gegen jede Form von Diskriminierung in unserer Nachbarschaft und weltweit zu einzustehen gilt.

1

Mit dem Gesetzesentwurf zur Brückenteilzeit wird Hubertus Heil Eins zu Eins umsetzen, was die Koalition beschlossen hat. Ein großer Schritt zu einer selbstbestimmteren Arbeitszeit wird hiermit gegangen.

Auch im Bereich der dualen Berufsausbildung gilt es Missstände zu beseitigen. Laut dem in dieser Woche veröffentlichten Berufsbildungsbericht ist die Anzahl der ausbildenden Betriebe weiter gesunken und die Zahl der Ausbildungsabbrüche weiter gestiegen. Dieser Trend muss baldmöglichst durch die im Koalitionsvertrag geplante Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, dem Berufsbildungspakt und der Mindestausbildungsvergütung gestoppt werden.

Diese Woche traf ich Vertreter der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs. Die Einfrierung und Lagerung von Eizellen im Vorfeld der Krebsbehandlung können im Falle des irreversiblen Verlusts der Fruchtbarkeit dennoch eine Elternschaft ermöglichen. Betroffene gilt es zu unterstützen. Deshalb muss über neue Formen der Finanzierung solcher Therapien nachgedacht werden.

Auf den folgenden Seiten finden Sie wie gewohnt das wichtigste aus dieser Woche. Ein schönes Wochenende und einen schönen 1. Mai!

In dieser Ausgabe:

TOP-THEMA.....	3
RECHTSPOLITIK.....	4
MENSCHENRECHTE.....	4
BILDUNG.....	5
AUSSENPOLITIK.....	5

Ihre



Fotos der Woche

Gespräch mit Vertretern der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs. Von links: Herr Prof. Dr. Mathias Freund (Kuratoriumsvorsitzender), Sabine Dittmar und Frau Prof. Dr. Diana Lüttner, Vorsitzende.

2

24.04.2018



Ein kleiner Nachtrag:

Frauenpolitisches Frühstück der SPD-Bundestagsfraktion mit Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

19.04.2018

Statement der Woche

„Die Reserven der Krankenkassen abzuschmelzen, wäre das falsche Signal. Sie dürfen nicht gezwungen werden, bei chronisch Kranken und Pflegebedürftigen zu sparen.“

Karl Lauterbach, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Highlights der nächsten Wochen

Wann	Wo	Was	
So, 29.04.	13.30 Uhr – 16:00 Uhr	Bürgerbüro Haßfurt	Ausstellungseröffnung „Tschernobyl“
Mi, 02.05.	19.00 Uhr – 21.00 Uhr	Mehrgenerationenhaus Bad Kissingen, Von-Hessing- Straße 1	Autorenlesung mit Jaromir Konecny



TOP-THEMA

70 Jahre Israel: In historischer Verantwortung Freundschaft festigen

Israel hat gerade seinen 70. Jahrestag gefeiert, am Donnerstag hat der Bundestag die guten deutsch-israelischen Beziehungen in einer Debatte gewürdigt. SPD-Fraktionschefin Nahles machte in ihrer Rede deutlich, warum die Freundschaft zu Israel so kostbar ist.

In der vergangenen Woche haben in Israel die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Staatsgründung begonnen. Die Gründung Israels und die deutsch-israelischen Beziehungen scheinen heute vielen Menschen eine Selbstverständlichkeit. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948 aber nicht nur eine Staatsgründung. Israel war Hoffnung, Zufluchtsort und schließlich Heimat für viele Menschen, die das Grauen des Holocaust in Europa überlebt hatten.

Der Bundestag hat am Donnerstagmorgen die guten Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gewürdigt. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles verdeutlichte in ihrer Rede vor dem Parlament, warum kein Schlussstrich unter die deutsche Verantwortung gezogen werden darf. Nahles: „Die israelische Staatsgründung war die mutige Antwort auf eine jahrhundertelange Geschichte des Antisemitismus, die ihren furchtbaren Höhepunkt im Holocaust fand. Umso kostbarer, ja, kostbarer, sind die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Heute verbinden uns – Deutschland und Israel – die Erfahrung, den tiefen Graben der Vergangenheit überwunden zu haben, und das Staunen und die Dankbarkeit darüber, dass eine Versöhnung möglich war.“

Angriffe auf Juden sind Angriffe auf uns alle

Nahles besucht Israel seit 22 Jahren, sie hat Freunde dort. Die Beziehung zwischen beiden Ländern sei „sensibel“, das schilderte sie anhand persönlicher Erlebnisse. Deshalb ist es für sie „unerträglich, wenn jüdisches Leben in Deutschland ohne Angst nicht möglich ist. Wir verurteilen die antisemitischen Angriffe scharf, und wir müssen alles tun, um sie zu ahnden.“ Angriffe auf Jüdinnen und Juden seien Angriffe „auf uns selbst, auf unsere Demokratie, unsere pluralistische Gesellschaft.“

Sie äußerte die Hoffnung, dass es zu einer Zweistaatenlösung komme – auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wie Israel sie besitze.

Die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion ist eindeutig. Das tiefe Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, das Bekenntnis zur gemeinsamen Erinnerung wird uns – Israel und Deutschland – helfen, uns „gemeinsam gegen Fundamentalismus, Extremismus und auch gegen Antisemitismus zu stellen“, wie es Nahles formulierte.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden das Existenzrecht Israels immer und ohne Einschränkung verteidigen. Das ergibt sich nicht nur aus der historischen Verantwortung. Sondern es speist sich viel stärker noch aus der tiefen Freundschaft, die sich zwischen Deutschland und Israel entwickelt hat. Nahles: „Das ist der eigentliche Glücksfall, der uns an diesem Tag ein Anlass zur Freude sein sollte.“

Antrag der Koalitionsfraktionen

Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit einen Antrag beschlossen mit dem die zukunftsgerichtete Freundschaft mit Israel weiter gefestigt werden soll (Drs. 19/1823). Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einzusetzen.

Auch soll sie die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter erhalten, vertiefen, ausbauen und fördern. Darüber hinaus soll die Regierung weiterhin für die Existenz und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel als ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eintreten.



RECHTSPOLITIK

Antrag: NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen

Der Bundestag soll nach dem Willen der Fraktionen von SPD, CDU/CSU und FDP beim Bundesverfassungsgericht den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung für sechs Jahre beantragen. Das geht aus einem gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen (Drs. 19/1824) hervor, der am Donnerstag beschlossen worden ist. Danach soll sich der Ausschluss auch auf Ersatzparteien erstrecken.

In der Begründung verweisen die drei Fraktionen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 (2 BvB 1/13). Darin habe das Gericht festgestellt, dass die NPD „die freiheitlich demokratische Grundordnung missachtet und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“. Einzig „aufgrund (derzeit) fehlender Potentialität zur tatsächlichen Umsetzung ihrer Ziele“ habe das Gericht das Verbot der NPD nicht ausgesprochen.

Das höchste deutsche Gericht hat dem Gesetzgeber jedoch die Möglichkeit eröffnet, verfassungsfeindliche Parteien auf anderem Wege zu sanktionieren. Durch Änderung des Grundgesetzes und einer weiteren gesetzlichen Änderung hat die letzte Große Koalition im Juli 2017 dementsprechend die Grundlage für den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung geschaffen.

Auf dieser Basis beantragen die Sozialdemokraten nun gemeinsam mit der Union und der FDP, dass der Bundestag von seiner Möglichkeit Gebrauch macht und einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung für den Zeitraum von sechs Jahren stellt. Mit diesem Schritt soll verhindert werden, dass verfassungsfeindliche Aktivitäten der NPD weiterhin aus Steuermitteln finanziert werden. Der Bundestag schließt sich damit den gleichlautenden Anträgen des Bundesrates und der Bundesregierung an.

Eva Högl, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, sagt: „Jeder Cent aus staatlichen Mitteln für eine verfassungsfeindliche Partei ist einer zu viel.“

Die NPD ist inzwischen in keinem Landtag mehr vertreten. 2017 erhielt sie noch rund 850.000 Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die unter anderem auf Grundlage der Wählerstimmen errechnet wird. Hinzu kommen Steuerprivilegien, die bei einem Ausschluss ebenfalls wegfielen.

MENSCHENRECHTE

Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit

Das Parlament hat am Freitag den Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit debattiert. Der Bericht wurde erstmals vorgelegt (Drs. 18/8740, 19/1381).

Er zeigt, dass die Religionsfreiheit weltweit verletzt wird, obwohl sie ein universelles Menschenrecht ist und umfassend völkerrechtlich festgeschrieben ist. Gleichzeitig stellt der Bericht auch positive Bemühungen dar, die Religionsfreiheit zu schützen.

Bei der Erarbeitung des Dokuments hat das Auswärtige Amt sich nicht nur von Experten wie Heiner Bielefeldt, seit 2010 Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, beraten lassen, sondern auch eigene Daten in rund 90 Auslandsvertretungen erhoben sowie Länderanalysen des EU-Parlaments und aus den USA herangezogen.

Die aufgeführten Typologien von Verfolgung und Bedrängung aufgrund von Religion verdeutlichen aus Sicht der SPD-Fraktion, wie vielfältig die Rechtsverletzungen sind. Sie reichen beispielsweise von Einschränkungen zeremonieller Handlungen oder der Erschwerung des Zugangs zu öffentlichen Ämtern über gesellschaftliche Ausgrenzung bis hin zu systematischer Diskriminierung oder Todesstrafe.



BILDUNG

Berufsbildungsbericht: Qualität der Ausbildung muss weiter gestärkt werden

Das deutsche System der dualen Berufsausbildung ist international anerkannt und trägt wesentlich zur Sicherung der Beschäftigungschancen junger Menschen und des Fachkräfteangebots bei.

Der aktuelle Berufsbildungsbericht (Drs. 19/1740), den der Bundestag am Donnerstag diskutiert hat, macht jedoch deutlich, dass die Politik jetzt handeln muss, um allen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und die Qualität der Berufsbildung zu verbessern.

Die Quote der jungen Menschen von 20 bis 34 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist gestiegen. Mehr als zwei Millionen Menschen in dieser Altersgruppe sind ohne Ausbildung. Auch die Zahl der Ausbildungsbetriebe sinkt. Erstmals ist die Ausbildungsbetriebsquote unter 20 Prozent gefallen.

Dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht auch der gestiegene Anteil der Ausbildungsabbrüche. 2016 wurde jeder vierte Ausbildungsvertrag aufgelöst. Die SPD-Fraktion fordert deshalb mehr Investitionen in die Qualität der Ausbildung und eine verbesserte Berufsorientierung, um besonders in den Branchen mit hohen Vertragsauflösungen dem Trend entgegenzuwirken.

Es bedarf gut qualifizierter und begleitender Ausbilder, moderner Berufsschulen und attraktiver Rahmenbedingungen für Auszubildende. Im Koalitionsvertrag haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes, dem Berufsbildungspakt und der Mindestausbildungsvergütung wichtige Bausteine zur Stärkung der beruflichen Bildung verankert. Das muss die Regierung jetzt auf den Weg bringen.

AUSSENPOLITIK

Auslandseinsätze verlängert

Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen von SPD und CDU/CSU die Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen Minusma, Operation Atalanta und EUTM Mali verlängert. Es gab jeweils namentliche Abstimmungen. Drucksachen: 19/1098, 19/1742, 19/1596, 19/1833, 19/1597, 19/1834).

Näheres zu den Missionen ist hier nachzulesen:

<https://www.spdfraktion.de/themen/au%C3%9Fenpolitik>